

# Agora Studie: CO<sub>2</sub>-Preis drückt Treibhausgasemissionen und Kohleverstromung 2019 auf Rekordtiefs

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch steigt auf fast 43 Prozent. Die Klimaschutzerfolge im Stromsektor werden von steigenden Treibhausgasemissionen bei Gebäuden und im Verkehr geschmälert. Parallel steigt das öffentliche Interesse am Klimaschutz: Seit Mai 2019 ist es in den Augen der Bevölkerung konstant das drängendste politische Thema. Das zeigt die Jahresauswertung 2019 von Agora Energiewende

Die Treibhausemissionen in Deutschland sanken 2019 um mehr als 50 Millionen Tonnen, sie liegen damit etwa 35 Prozent unter dem Niveau von 1990. Damit rückt das Ziel Deutschlands, bis 2020 die Emissionen um 40 Prozent zu mindern, überraschend in greifbare Nähe. Für den Rückgang verantwortlich ist ausschließlich der Stromsektor: Braun- und Steinkohle produzierten deutlich weniger Strom, Erneuerbare Energien deckten knapp 42,6 Prozent der Stromnachfrage und damit fast fünf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Das zeigt die Jahresauswertung "Die Energiewende im Stromsektor – Stand der Dinge 2019", die Agora Energiewende jetzt vorgelegt hat. Damit erzeugten Wind-, Wasserkraft, Solarstrom- und Biogasanlagen erstmals mehr Strom als Kohle- und Kernkraftwerke zusammen.

Hauptursache des Emissionsrückgangs im Stromsystem sind die gestiegenen Preise für CO<sub>2</sub>-Zertifikate im EU-[Emissionshandel](#). Sie führten in Verbindung mit der gestiegenen Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien und einem gesunkenen Stromverbrauch dazu, dass fossile Kraftwerke ihre Stromproduktion an vielen Stunden des Jahres 2019 deutlich reduzierten, weil diese nicht mehr wettbewerbsfähig war. Die Stromerzeugung von Steinkohlekraftwerken brach deshalb um 31 Prozent ein, die von Braunkohlekraftwerken um 22 Prozent. Davon profitierten auch Gaskraftwerke, die weniger CO<sub>2</sub>-Zertifikate für ihre Stromerzeugung benötigen; sie erhöhten ihren Stromabsatz um 11 Prozent.

Anders als im Stromsystem nahmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Gebäuden und dem Verkehrssystem sogar zu: Dort wurden mehr Erdgas, Heizöl, Benzin und Diesel als im Vorjahr verbraucht. Dadurch wurden die Emissionsminderungen im Stromsystem zum Teil zunichte gemacht. Im Verkehr führte vor allem der steigende Anteil schwerer Fahrzeuge mit großen Verbrennungsmotoren wie SUVs zu einem Anstieg der Emissionen.

Die Ursache für das Wachstum bei den Erneuerbaren Energien liegt hauptsächlich im Zubau von Photovoltaikanlagen sowie einem guten Windjahr. „Dennoch startet die Energiewende mit einer schweren Hypothek in die 2020er-Jahre“, sagt Dr. Patrick Graichen, Direktor von Agora Energiewende. „Denn der Ausbau bei der Windenergie ist in den letzten zwei Jahren um über 80 Prozent eingebrochen und somit fast zum Erliegen gekommen. Weil zudem im Jahr 2019 die Ausschreibungen für neue Windkraftanlagen nicht voll ausgeschöpft wurden, werden wir auch in den nächsten Jahren keine beeindruckenden Zubauzahlen bei der Windenergie sehen. Es ist an der Bundesregierung, jetzt rasch die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass die Windkraft wieder vorankommt. Sie ist das Arbeitspferd der Energiewende, ohne Windkraft werden wir weder den Kohleausstieg noch die Klimaschutzziele erreichen.“

Die guten Zahlen für die Energiewende im Stromsektor werden durch das Fehlen weiterer Ambitionen in der Energie- und Klimapolitik insbesondere im Wärme- und Verkehrssektor

allerdings deutlich getrübt. „Es besteht die Gefahr, dass – nach dem Rückgang der Emissionen in den vergangenen beiden Jahren – im Zeitraum 2020 bis 2022 – wieder ein Anstieg folgt“, warnt Graichen. „Wir müssen mehr Erneuerbare Energien zubauen, um den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 auszugleichen und auch genügend Strom für Elektroautos und Wärmepumpen zu erzeugen.“ Dies entspricht auch den Erwartungen der Bevölkerung: So zeigt die repräsentative Langzeituntersuchung „Politbarometer“ der Forschungsgruppe Wahlen, dass die Wählerinnen und Wähler das Thema "Klima/Energiewende" seit Mai 2019 konstant als wichtigstes Problem ansehen - vor den Themen Migration/Integration (Platz 2) und Renten (Platz 3).